

## Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	1
<i>A. Gegenstand der Untersuchung.....</i>	1
<i>B. Gang der Untersuchung.....</i>	10
<b>1. Kapitel:</b>	
<b>Stationen der Diskussion über die rentenrechtliche Anerkennung der Erziehung .....</b>	12
<i>A. Rentenreform 1957.....</i>	12
I. Rahmenbedingungen .....	12
II. Situation der gesetzlichen Rentenversicherung vor der Reform.....	14
III. Inhalt und Rezeption des Schreiber-Plans sowie Grundzüge des Rentenreformwerks.....	17
1. Inhalt des Schreiber-Plans .....	17
2. Umsetzung des Schreiber-Plans und Grundzüge der Reform.....	20
IV. Fazit .....	22
1. Bewertung der Rentenreform.....	22
a) Rente als lebensstandardsichernder Lohnersatz.....	22
b) Sozialisierung des Kindernutzens .....	23
2. Bewertung des Schreiber-Plans .....	24
<i>B. Rentenreform 1972.....</i>	28
I. Rahmenbedingungen .....	28
II. Rentenrechtliche Schlußfolgerungen .....	31
III. Geplante und verwirklichte Reforminhalte.....	33
IV. Fazit .....	36
<i>C. Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft (1976) .....</i>	38
I. Rahmenbedingungen .....	38
II. Inhalt der Vorschläge.....	39
III. Fazit .....	40
<i>D. "84er-Kommission" (1979) .....</i>	41
I. Hintergrund der Kommissionseinsetzung.....	41
II. Rahmenbedingungen .....	42
III. Rentenrechtliche Schlußfolgerungen.....	45

<b>IV.</b>	<b>Inhalt der Vorschläge.....</b>	<b>46</b>
1.	Grundlegende Reformmodelle.....	46
2.	Modellunabhängige Vorschläge: Anrechnung von Erziehungszeiten.....	47
<b>V.</b>	<b>Fazit .....</b>	<b>48</b>
<b>E.</b>	<b>Einführung von Kindererziehungszeiten durch das HEZG.....</b>	<b>51</b>
I.	Rahmenbedingungen .....	51
II.	Inhalt der Neuregelung und Alternativvorschläge.....	54
1.	Teilhaberente oder Anrechnungsmodell mit Freibetrag .....	54
2.	Anrechnung von Kindererziehungszeiten.....	56
a)	Vorschläge in der wissenschaftlichen Literatur .....	56
b)	Reaktionen in der Politik .....	57
c)	Gesetzentwürfe.....	58
d)	Umsetzung .....	60
III.	Hintergründe und Motive .....	61
1.	Motive für die Einbeziehung zuvor nicht erwerbstätiger Eltern.....	61
2.	Motive für die Anerkennung von Erziehungszeiten und für die Anrechnungsmethode.....	63
a)	Finanzierungsprobleme .....	63
b)	Begründung im SPD-Entwurf.....	63
c)	Begründung der Regierungskoalition .....	64
d)	Zusammenhang der Erziehungszeitenregelung mit dem BErzGG .....	65
e)	Rückschlüsse aus dem Zusammenhang mit dem BErzGG .....	68
IV.	Fazit .....	70
<b>F.</b>	<b>Rentenreform 1992 .....</b>	<b>70</b>
I.	Rahmenbedingungen .....	70
II.	Erziehungszeiten im RRG 1992 und in alternativen Vorschlägen .....	74
1.	Vorschläge in der wissenschaftlichen Literatur .....	74
2.	Inhalt des RRG 1992 und politische Kontroversen im Vorfeld.....	76
III.	Fazit .....	79
<b>G.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>80</b>
<b>2. Kapitel:</b>		
<b>Grundrechtliche Überprüfung der subsidiären Anrechnung.....</b>	<b>82</b>	
<b>A.</b>	<b>Rahmenbedingungen .....</b>	<b>82</b>

# IX

I.	Geburtenentwicklung und Anteil kinderloser Personen .....	82
1.	Geburtenentwicklung .....	82
2.	Anteil kinderloser Personen.....	83
II.	Erwerbsverhalten von Frauen .....	84
1.	Erwerbsverhalten im allgemeinen .....	84
2.	Erwerbsverhalten nach der Geburt.....	85
a)	Gesetzliche Regelung von Erziehungsgeld und -urlaub .....	85
b)	Alternativvorschläge .....	86
c)	Inanspruchnahme von Erziehungsgeld .....	88
d)	Beteiligung der Väter an der Kindererziehung .....	89
e)	Verhalten zuvor berufstätiger Mütter.....	89
f)	Einstellung in der Bevölkerung zur Müttererwerbstätigkeit.....	92
3.	Fazit .....	93
III.	Außerfamiliäre Kinderbetreuung .....	93
1.	Rechtsentwicklung und derzeitige Rechtslage .....	93
a)	Außerfamiliäre Betreuung von Kindern über drei Jahren.....	93
b)	Außerfamiliäre Betreuung von Kindern unter drei Jahren.....	95
2.	Derzeitige Situation .....	96
a)	Betreuungssituation bei Kindern über drei Jahren.....	96
b)	Betreuungssituation bei Kindern unter drei Jahren.....	97
3.	Fazit .....	98
B.	<i>Art. 3 Abs. 1 GG</i> .....	99
I.	Inhalt des allgemeinen Gleichheitssatzes .....	100
1.	Willkürformel .....	100
a)	Willkürprüfung des BVerfG .....	100
b)	Gerhard Leibholz als Begründer der Willkürformel.....	101
c)	Anwendung auf die vorliegende Problematik.....	103
d)	Stellungnahmen in der Literatur .....	106
2.	"Neue Formel" des 1. Senats .....	108
3.	"Neueste Formel" des 1. Senats.....	109
4.	Maßstab des 2. Senats .....	111
5.	Maßstab des 1. Senats im Beschuß vom 12.3.1996.....	112
6.	Stellungnahme zur Bestimmung des Prüfungsmaßstabs durch den 1. Senat .....	114

7. Prüfungsschema.....	117
a) Differenzierungskriterium und Differenzierungsziel .....	117
b) Verhältnismäßigkeit der Verschiedenbehandlung .....	118
aa. Geeignetheit .....	118
bb. Erforderlichkeit .....	118
cc. Angemessenheit .....	119
c) Berücksichtigung des gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums.....	119
II. Unterschiedliche Behandlung von Eltern nach dem Vorhandensein bzw. Fehlen anderweitiger Beitragszeiten.....	121
1. Differenzierungsziel.....	121
a) Lückenschließung .....	121
aa. BSG .....	121
bb. VDR und juristische Literatur .....	122
cc. BVerfG .....	122
dd. Stellungnahme .....	122
b) Befolgung des Sozialstaatsprinzips.....	124
aa. BVerfG .....	124
bb. Stellungnahme .....	124
c) Einräumung von Wahlfreiheit zwischen Erwerbs- und Familienarbeit sowie Nachteilsausgleich gegenüber Kinderlosen .....	125
d) Fazit.....	126
2. Differenzierungskriterium .....	126
3. Verfassungsmäßigkeit von Differenzierungsziel und -kriterium.....	126
4. Geeignetheit der Differenzierung .....	127
a) Geeignetheit der Differenzierung nach dem Grad der vorhandenen rentenrechtlichen Absicherung.....	127
b) Fehlende Geeignetheit wegen der Ausgestaltung als Pflichtbeitragszeiten? ....	128
c) Fehlende Geeignetheit wegen mangelnder Übereinstimmung mit dem Prinzip des Risikoausgleichs? .....	129
5. Erforderlichkeit der Differenzierung .....	130
6. Angemessenheit der Differenzierung .....	131
7. Fehlende Angemessenheit wegen einer Benachteiligung wirtschaftlich schlecht situierter Eltern?.....	132
8. Fehlende Angemessenheit wegen kindbedingter rentenrechtlicher Nachteile bei gleichzeitiger vollschichtiger Erwerbstätigkeit?.....	134
9. Fehlende Angemessenheit, weil Erziehung eine Leistung mit einem der Erwerbsarbeit vergleichbaren Stellenwert ist? .....	135
a) Finanzieller und zeitlicher Aufwand der Erziehung .....	135
b) Gesellschaftlicher und ökonomischer Wert der Erziehung.....	137

c) Pflicht zur Gegenleistung .....	139
aa. Forderung nach Gegenleistung im allgemeinen.....	139
bb. Forderung nach Gegenleistung in der gesetzlichen Rentenversicherung....	141
d) Stellungnahme.....	143
aa. Gegenleistung im allgemeinen .....	143
bb. Gegenleistung in der gesetzlichen Rentenversicherung.....	150
e) Fazit.....	152
10. Fehlende Angemessenheit, weil Erziehung eine Leistung für die Rentenversicherung ist? .....	154
a) Honorierung der Erziehung wegen ihrer Bedeutung für die Rentenfinanzierung .....	154
aa. Bedeutung einer nachrückenden Generation für die Rentenfinanzierung....	155
bb. Schlußfolgerungen in der Literatur .....	157
(1) Anerkennung der Erziehung als Beitragsäquivalent.....	157
(2) Gegenmeinung.....	160
(3) Stellungnahme .....	162
cc. Rechtsauffassung des BVerfG.....	171
(1) Entscheidung vom 7.7.1992 .....	171
(2) Entscheidung vom 12.3.1996 .....	178
ee. Fazit .....	182
b) Honorierung der Erziehung zur Kompensation ungerechtfertigter Transferleistungen von Eltern an Kinderlose.....	183
aa. Hintergründe.....	183
bb. Schlußfolgerungen in der Literatur .....	186
(1) Rentenrechtliche Honorierung der Erziehung zur Korrektur der Transferlage .....	186
(2) Stellungnahme .....	190
cc. Rechtsauffassung des BVerfG.....	207
dd. Fazit.....	208
11. Zwischenergebnis zur Angemessenheit .....	209
12. Sonderfall: Freiwillige Beitragsentrichtung .....	210
13. Ergebnis.....	212
III. Unterschiedliche Behandlung gegenüber Müttern der Geburtsjahrgänge vor 1921 .....	213
1. Hintergrund der Problematik .....	213
2. Differenzierungskriterium und Differenzierungsziel.....	215
a) Differenzierungskriterium.....	215
b) Differenzierungsziel.....	215
c) Verfassungsmäßigkeit von Differenzierungskriterium und -ziel.....	218
3. Verhältnismäßigkeit der Verschiedenbehandlung .....	218
a) Geeignetheit .....	218
b) Erforderlichkeit .....	219

c) Angemessenheit .....	220
4. Ergebnis .....	221
IV. Unterschiedliche Behandlung gegenüber Eltern mit Bestandsrenten des Beitragsgebiets .....	221
1. Hintergrund der Problematik .....	221
2. Differenzierungskriterium und Differenzierungsziel.....	226
a) Differenzierungskriterium.....	226
b) Differenzierungsziel.....	226
c) Verfassungsmäßigkeit von Differenzierungskriterium und -ziel.....	227
3. Verhältnismäßigkeit der Verschiedenbehandlung .....	227
a) Geeignetheit .....	227
b) Erforderlichkeit .....	227
c) Angemessenheit .....	228
4. Ergebnis .....	228
V. Gesamtergebnis zu Art. 3 Abs. 1 GG .....	228
C. Art. 3 Abs. 2 GG .....	228
I. Im Schriftum vertretene Ansichten.....	229
II. Inhalt des Gleichberechtigungsgrundsatzes und Anwendung auf die vorliegende Problematik .....	232
1. Art. 3 Abs. 2 und 3 GG als rechtliches Differenzierungsverbot .....	233
a) Inhalt des rechtlichen Differenzierungsverbots .....	233
b) Anwendung des Inhalts.....	235
2. Art. 3 Abs. 2 GG als Prinzip tatsächlicher Gleichheit bzw. Verbot mittelbarer Diskriminierung .....	235
a) BVerfG.....	235
b) Schriftum .....	239
c) Stellungnahme.....	239
3. Präzisierung des Verbots mittelbarer Diskriminierung .....	242
a) Verbot i.S. der Rechtsprechung des EuGH.....	242
aa. Inhalt der EuGH-Rechtsprechung .....	242
bb. Anwendung des Inhalts .....	245
cc. Fazit .....	247
b) Verbot der Beschränkung selbstbestimmter Rollenwahl bzw. -ausgestaltung.....	247
aa. Inhalt des Verbots.....	247
bb. Anwendung des Inhalts .....	249
cc. Fazit .....	256
III. Ergebnis .....	256

### XIII

<b>IV. Verbesserungsvorschläge.....</b>	<b>257</b>
<b>D. Art. 6 Abs. 1 GG.....</b>	<b>260</b>
I. Inhalt des Art. 6 Abs. 1 GG .....	260
II. Anwendung des Inhalts.....	260
III. Ergebnis .....	264
<b>E. Art. 6 Abs. 4 GG.....</b>	<b>264</b>
I. Inhalt des Art. 6 Abs. 4 GG .....	264
II. Anwendung des Inhalts.....	266
III. Ergebnis .....	268
<b>F. Sozialstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG).....</b>	<b>268</b>
I. Inhalt des Sozialstaatsprinzips.....	268
II. Anwendung des Inhalts.....	269
III. Ergebnis .....	270
<b>G. Art. 14 Abs. 1 GG.....</b>	<b>270</b>
I. Eingriff in anderweitige Rentenansprüche oder -anwartschaften.....	271
1. Schutzbereich.....	271
2. Eingriff in den Schutzbereich .....	271
3. Zwischenergebnis .....	271
II. Eingriff in auf Erziehungszeiten beruhende Rechtspositionen.....	272
1. Schutzbereich.....	272
2. Eingriff in den Schutzbereich .....	273
3. Zwischenergebnis .....	274
III. Ergebnis .....	274
<b>H. Vertrauenschutz bzw. Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG).....</b>	<b>274</b>
I. Inhalt des Vertrauenschutzgedankens .....	274
II. Anwendung des Inhalts.....	275
III. Ergebnis .....	277
<b>Gesamtzusammenfassung.....</b>	<b>278</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>285</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>299</b>